



Adivasi-Rundbrief 51

- Solidarität mit Indiens Ureinwohnern -

Hg.: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V.
Jugendheimstr.10, 34132 Kassel

Juni 2014

Nr. 51/1: Freie Bahn für Großunternehmen in den Adivasi-Gebieten: Alle Verfassungsgrundsätze, Schutzgesetze und Gerichtsentscheidungen zur Rolle der *Gram Sabhas* werden ignoriert

Ram Dayal Munda (1939-2011), ein sehr angesehener und beliebter Vordenker der Adivasi-Bewegung in Jharkhand, beklagte in einem Gedicht, wie Entwicklungsprojekte das Leben und den Lebensraum der Adivasi-Gemeinschaften zerstören, wie sie die Verstädterung vorantreiben, die Menschen in Geldnöte bringen und viele andere Missstände verursachen. Unter dem Titel „Die Qual des Fortschritts“ schrieb er (Auszug):

"Ich fühle mich wie der Schakal,
der lostrabt
zur Stadt,
bevor er kriecht.
Oder auch wie ein Baum,
ein mächtiger Sal-Baum.
Da liegt er nun,
wird zerteilt.
Mitten durch ihn
geht das Band der Säge.
Zum Nutzen des Landes,
heißt es.
Für den Fortschritt."
[...]

In diesen Zeilen formulierte Ram Dayal Munda eindringlich die Auswirkungen der Enteignung und Vertreibung. Man muss nur einmal begreifen, wie die Sprachen und die besonderen kulturellen Traditionen der Adivasi-Gemeinschaften in Mitleidenschaft gezogen werden, sobald die Menschen gezwungen werden, ihre angestammte Heimat zu verlassen und nur noch in Slums zu überleben. Sprache und Kultur der Adivasi gehen verloren und werden in der hässlichen städtischen Umgebung verbogen und verdorben.

Angesichts dieser allgemeinen Entwicklung muss einmal mehr darauf hingewiesen werden, dass für die sogenannten „registrierten Gebiete“ ("scheduled areas"), in denen Adivasi-Gemeinschaften leben, explizite Grundsätze zur bedeutenden Rolle der *Gram Sabha*, der Adivasi-Dorfversammlung, gelten – und zwar in der Form von Verfassungsgrundsätzen, Sondergesetzen und höchstrichterlicher Rechtsprechung:

- Das Gesetz über Waldrechte ("forest rights act") von 2006 bevollmächtigt in Section 5(d) die rechtmäßigen Eigentümer am Wald (die *Gram Sabha* und andere dörfliche Institutionen), die im Wald lebenden Tiere, die Pflanzen, Wassereinzugsgebiete, die Biodiversität und das Kultur- und Naturerbe der im Wald lebenden Gemeinschaften zu schützen und durch entsprechende Beschlüsse den Zugang zu gemeinschaftlich genutzten Waldgebieten zu regeln.

- Der PESA Act von 1996 [Gesetz zur Selbstbestimmung und Selbstverwaltung der Adivasi; siehe Adivasi-Rundbrief 23/März 2005] schreibt zwingend vor, dass die Übernahme von Land für die Entwicklung von Großprojekten vorher mit dem übergeordneten Dorfrat (Panchayat) besprochen werden muss.

- Der Land Acquisition Act von 2013 verlangt die Zustimmung der Dorfversammlung zum Erwerb von Land in den „registrierten Gebieten“

- Das oberste Gericht von Indien bestätigte im April 2013 (SC 2013[6] Scale 57), dass der *Gram Sabha* die zentrale Rolle bei der Erhaltung von Waldgebieten und bei der Festlegung von gemeinsamer oder auch individueller Nutzung von Waldstücken zusteht. Im Absatz 59 des Urteils heißt es: „...die *Gram Sabha* kann darüber hinaus frei über Ansprüche der Gemeinschaft oder individuelle Ansprüche, ebenso über kulturell oder religiös begründete Ansprüche entscheiden... die Landesregierung und das [Bundes-] Ministerium für

Stammesangelegenheiten unterstützen die *Gram Sabhas* dabei...“

- Das Rundschreiben des Direktors im Ministerium für Stammesangelegenheiten vom 7. März 2014 (Circular No: 23011/02/2014-FRA of Ministry of Tribal Affairs) an die Ersten Sekretäre in allen Bundesstaaten würdigt all diese Gegebenheiten noch einmal und widerruft eine frühere Mitteilung des Ministeriums für Umwelt und Wald - sofern sie im Gegensatz zum oben genannten Urteil des obersten Gerichtshofes steht. Damit gelten die Regelungen des Gesetzes zu den Waldrechten zwingend – hinsichtlich *jeder* anderweitigen Nutzung von Waldland. Die Nichteinhaltung dieser Vorschriften stellt einen Gesetzesbruch dar.

Trotz all dieser positiven und hilfreichen Regelungen gibt es in Wirklichkeit keine positiven Auswirkungen. Hauptverantwortlich dafür ist niemand anderes als das Büro der indischen Premierminister. Dieses hatte in den Jahren 2012 und 2013 an alle Ministerien die Anweisung erteilt, dass – zum Vorteil von industriellen Großprojekten – sämtliche Hemmnisse bei der Aushöhlung von Waldschutz- oder Umweltschutz-Normen auszuschalten seien. Die dahinter stehende Absicht war, die Planung und Durchführung von industriellen Großprojekten zu beschleunigen. Das Büro des Premierministers gab im Detail vor, geltende Regelungen und Normen aufzuweichen oder ganz außer Kraft zu setzen. Dies gilt auch für das von der Regierung wegen seiner Pro-Adivasi-Ausrichtung so sehr herausgehobene Gesetz über Waldrechte von 2006. Manche dieser Anweisungen gingen sogar direkt auf den Premierminister zurück.

Das Büro des Premierministers gab die Empfehlung, dass das Erfordernis einer Umweltverträglichkeitsprüfung bei Großprojekten mit einer Investitionssumme von bis zu 5 Mrd. Rupien (ca. 60 Mio. Euro) ganz entfallen solle. Bei Großprojekten mit einer Investitionssumme von bis zu 10 Mrd. Rupien (ca. 120 Mio. Euro) sollte nur der jeweilige Bundesstaat für diese Prüfung zuständig sein, nicht die Zentralregierung. Weiter verlangte das Büro des Premierministers, dass alle Baumaßnahmen, Immobilienprojekte und Sonderwirtschaftszonen von der Umweltverträglichkeitsprüfung ausgenommen

sein sollten. Bei Bergbauprojekten sollte eine Kapazitätsausweitung um 25 Prozent automatisch und ohne öffentliche Anhörung ermöglicht werden. Die Freigabe von Waldgebieten sollte nach Empfehlung des Büro des Premierministers bei Projekten, die bis zu 40 Hektar beanspruchen, allein von den Regionalbüros des Ministeriums bearbeitet werden (bisher lag die Grenze dafür bei vier Hektar). Das Büro forderte darüber hinaus, dass nicht zuerst die Rückgabe von Rechten über Waldgebiete an Adivasi, so wie im Forest Rights Act vorgesehen, geprüft, sondern zuerst Waldgebiete an die Großindustrie übertragen werden sollten. Zu diesem Punkt muss man sich ins Gedächtnis rufen, dass der Forest Rights Act explizit feststellt, dass die Rechte der Adivasi an Waldgebieten zuerst geklärt werden müssen, bevor weitere Dinge im Umgang mit dem Wald verhandelt werden können.

Eine derartige Aufweichung von geltenden Vorschriften, das heißt, die Ausnahme von der Umweltverträglichkeitsprüfung, galt auch für die National Highways Authority of India [Behörde für Nationalstraßen] und für Straßenbau- oder Straßenerweiterungsprojekte bei einer Breite von 60 Metern über eine Strecke von 200 Kilometern. Das Umweltministerium erließ eine Anordnung, die als Büromitteilung verschickt wurde, durch welche das Verfahren einer öffentlicher Anhörung bei Einzelprojekten in den Sonderwirtschaftszonen außer Kraft gesetzt werden sollte. Ein eigens eingesetztes Komitee sollte die Vorschläge des Premierminister-Büros abwägen. Es lieferte die gewünschten Ergebnisse, was im nächsten Schritt dazu führte, dass das Ministerium die entsprechende Vorschriften aufweichte („The Hindu“, 27. Februar 2014).

Wenn die Haupteinfalltore erst einmal geöffnet sind, das heißt, wenn die Schutzvorschriften der Verfassung, einzelner Gesetze und der Rechtsprechung aufgeweicht sind – zum Vorteil der Großunternehmen -, dann haben es die örtlichen Behörden nicht mehr schwer, weitere Maßnahmen zu treffen, wodurch nicht nur die Vorschriften und Normen bezüglich der Übertragung von Adivasi-Land an Nicht-Adivasi-Stellen weiter verwässert, sondern auch völlig außer Kraft gesetzt werden können.

Die beiden allerwichtigsten Schutzvorschriften sind (1) die Zustimmung der *Gram Sabha* (Dorfversammlung) und (2) das Einverständnis der betroffenen Bevölkerung durch ein Verfahren der öffentlichen Anhörung im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung. Diese beiden jedoch werden lediglich als lästige Formalitäten angesehen, bei denen man nur irgendwie den Anschein erwecken muss, dass sie ordnungsgemäß erfüllt worden seien. Im Fall der Zustimmung der *Gram Sabhas* ist es tatsächlich so, dass die allermeisten Entscheidungen von *Gram Sabhas* bei den Distriktbehörden entweder ignoriert oder abgelehnt wurden. Die zuständigen Beamten haben sich auch nicht die Mühe gemacht, die *Gram Sabhas* zu informieren oder eine Versammlung einzuberufen, wie es eigentlich vorgeschrieben ist.

Die öffentlichen Anhörungen der betroffenen Bevölkerung sind lediglich Augenwischerei, und das ist noch gelinde ausgedrückt. Zum Einen wird die Bevölkerung erst quasi 5 Minuten vor 12 informiert. Zum Anderen wird die öffentliche Anhörung oft am Sitz der Distriktverwaltung oder an einem exklusiven – von dem Unternehmen, das um dieses Einverständnis ersucht, vorgeschlagenen Ort – angesetzt, obwohl laut Vorschrift der Versammlungsort möglichst nahe bei der betroffenen Bevölkerung liegen sollte. Weiterhin werden diejenigen aus der Bevölkerung, die für ein solches Großprojekt sind, bevorzugt platziert, die Projektgegner aber werden immer durch Zwischenrufe gestört und lächerlich gemacht, und sie erhalten keine Gelegenheit, ihre Haltung zu erklären. Dazu kommt noch eine spannungsgeladene Atmosphäre bei der Versammlung, wenn die Schlägerbanden des Unternehmens, Polizisten mit ihren Schlagstöcken und para-militärische Einheiten mit ihren Gewehren dabeistehen. Somit erleben die Projektgegner bereits bei einer solchen Veranstaltung, wie sie zu Opfern gemacht und erniedrigt werden. Und die meisten von ihnen gehören zur indigenen Adivasi-Bevölkerung, deren alleinige Existenzgrundlage *jal, jangal, jamin* („Wasser, Wald und das Land“) sind.

Nach all dem kann man mit Fug und Recht feststellen, dass die Regierung sich zur Schutzmacht der Großunternehmen gemacht hat und

bereit ist, für „Wirtschaftswachstum durch Industrialisierung“ die Ärmsten der Armen zu opfern.

Stan Swamy, Menschenrechtsaktivist in Ranchi, Jharkhand. Übersetzung: Johannes Laping; weitere Informationen: sarini, c/o Johannes Laping, Christophstr. 31, 69214 Eppelheim, Tel. 06221-766557; Handy: 0175-3788173, sarini-jl@gmx.de. Vergleiche auch mehrere Artikel im Nachrichtenmagazin „Frontline“ vom 21. Februar 2014



Stan Swamy: Sobald die Menschen gezwungen werden, ihre angestammte Heimat zu verlassen, gehen Sprache und Kultur der Adivasi verloren. Das Bild zeigt Angehörige des Santal-Volkes im Kokrajhar-Distrikt, Assam

Nr.51/2: Kommentar: Mai 2014: Indien nach dem Wahlsieg der Bharatiya Janata Party (BJP)

Ein Erdrutschsieg bei den indischen Parlamentswahlen brachte der *Bharatiya Janata Party* (BJP) die absolute Mehrheit mit 282 von 545 Sitzen. Die bisher regierende Kongress-Partei fiel auf ein historisches Tief von 44 Sitzen. Auch die im vergangenen Jahr bei den Wahlen in Delhi so erfolgreiche *Aam Aadmi Partei* (AAP), die der Korruption den Kampf angesagt hat, erlebte ein Debakel und errang nur vier Sitze. Im Bundesstaat Jharkhand errang die BJP zwölf der vierzehn Mandate für das Unterhaus. Lediglich Shibu Soren und Vijay

Kumar Hansdak von der Jharkhand-Partei *Jharkhand Mukti Morcha* (JMM) konnten die Phalanx durchbrechen. Nur im Osten und äußersten Süden Indiens gab es aufgrund starker Regionalparteien auch andere Wahlsieger: In Westbengalen der *All India Trinamool Congress*, in Odisha die *Biju Janata Dal* und in Tamil Nadu die *All India Anna Dravida Munnetra Kazhagam*. Auch Kerala wurde kein BJP-Land, und im Nordosten Indiens konnte sich die Kongresspartei noch einmal durchsetzen. Ansonsten war es dem BJP-Spitzenkandidaten Narendra Modi gelungen, Menschen zu mobilisieren, die bisher nicht zu Wahlen gegangen waren. 66 Prozent Wahlbeteiligung bedeutete einen Rekord bei Parlamentswahlen.

Wenn von Narendra Modi die Rede ist, sprechen alle von seinen wirtschaftlichen Erfolgen. Er selbst stellt sich gerne als Mann aus einfachen Verhältnissen dar, der die Nöte des Alltags gut kennt. Er gilt als Macher, der Korruption bekämpft, schnelle Entscheidungen trifft, effizienter regiert als andere. Slumbewohner, arme Bauern und die vom sozialen Abstieg bedrohte Mittelklasse setzen insofern große Hoffnungen in die neue Regierung, dass mit solchen Eigenschaften Arbeitslosigkeit, Inflation, Hunger und Analphabetentum erfolgreich bekämpft werde. Letzteres interessiert Finanzmärkte zwar weniger, aber das Programm, dies mit ungebremstem Wachstum erreichen zu wollen, schon eher. Investoren setzen darauf, dass Modis Regierung einen wirtschaftlichen Reform- und Liberalisierungsprozess in Gang setzt. Entsprechend feiern die Finanzmärkte den Wahlerfolg. Schon die Aussicht auf den Sieg ließ die Börse seit Februar 2014 von Rekord zu Rekord eilen. Die Rhein-Neckar-Zeitung (14. Mai 2014) titelte: "*Das «Gujarat-Modell»: Blühende Landschaften und Muslime hinter Mauern*". Das Manager Magazin (22. Mai 2014) hoffte: "*Modi wird viele Blockaden beseitigen*", und der Economist (23. Mai 2014) zeigte sich hoffnungsvoll: "*Indiens starker Mann - Narendra Modis erstaunlicher Sieg eröffnet Indien die beste Chance aller Zeiten auf Wohlstand*".

Wachstumsideologie, Fortschrittsgläubigkeit und deregulierte Marktwirtschaft: Die Schriftstellerin Arundhati Roy hatte schon vor Jahren auf die Schattenseiten dieses Modells der

gesellschaftlichen Organisation gerade für die sozial Schwächsten hingewiesen. Mit Bezug auf die Folgen insbesondere für die Adivasi fand sie drastische Worte: Diese Art des Wirtschaftens tötet. Der Ausbau regenerativer Energien, etwa der Wasserkraft: eine Kriegserklärung an die lokale Bevölkerung. Schon bisherige Regierungen hatten sich zur Schutzmacht der Großunternehmen gemacht und waren bereit, dem Wirtschaftswachstum vieles zu opfern.

Es bedarf keiner prophetischen Gabe, dass Narendra Modis Regierung Genehmigungs-, Prüf- und Konsultationsverfahren allenfalls als notwendiges, störendes Übel behandelt. Als hinderlich empfundener Protest wird vermehrt mit Mitteln des Staatsschutzes bekämpft. Und sollte der umfassende wirtschaftliche Erfolg auf sich warten lassen, wird eine von Narendra Modi geführte Regierung sich nicht scheuen, den Hindu-Nationalismus zu mobilisieren, um Protest auszugrenzen und die Macht zu sichern. Für alle, die andere Vorstellungen von ihrer Zukunft, von eigenständigen Lebensentwürfen in Indien haben, ist mit dieser Wahl das Leben gefährlicher geworden.

Theodor Rathgeber

Adivasi-Rundbrief Nr. 51, Juni 2014

Herausgeber: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V., Hans Escher, Weiherstr. 12, 35578 Wetzlar, escher_hallwas@freenet.de; Dr. Theodor Rathgeber, 34132 Kassel. Spenden zur Deckung der Kosten sind sehr erwünscht. Spendenkonto der Adivasi-Koordination bei der Evangelischen Kreditgenossenschaft eG Frankfurt, Konto-Nr. 400 3764, BLZ 520 604 10. Vertrieb: Einzelzustellung (per email) und Beilage in der Zeitschrift SÜDASIEN. Die Veröffentlichung des Rundbriefes in SÜDASIEN wird gefördert durch das Evangelische Missionswerk (EMW) Hamburg. Sämtliche Adivasi-Rundbriefe ab 1997 sind zugänglich unter www.adivasi-koordination.de.